

Antikapitalismus und politische Praxis - eine herrschaftskritische Perspektive

Redaktion Crill.me - Berlin/Zürich, 04.05.2012

Ziel dieses herrschaftskritischen Strategiepapiers ist es, einen Beitrag zu den aktuellen Kapitalismusdebatten der emanzipatorischen Linken zu leisten. Im Angesicht der aktuellen Wirtschaftskrise und der für breite Schichten der Bevölkerung katastrophalen Krisenbewältigungspolitik wird die Frage nach alternativen politischen Ansätzen dringlicher, welche sich gegen diese Politik und die kapitalistischen „Sachzwänge“ überhaupt richten. Wir möchten daher im Folgenden besonders Chancen und Probleme von antikapitalistischen Transformationsstrategien diskutieren. Unsere Ideen stammen dabei sowohl aus dem Studium kritischer Sozialtheorien und Analysen als auch aus der jahrelangen aktiven Beteiligung an unterschiedlichen emanzipatorischen Initiativen.

Kapitalismus – die Plage unserer Zeit

Wir sind überzeugt, dass wir dem Kapitalismus einen tiefgreifenden und rasanten technologischen Fortschritt und auf einigen Gebieten bzw. in einigen Regionen einen Anstieg der Produktivität der Arbeit verdanken. Dieser relative Fortschritt wird aber mit Hunger und Verelendung weiter Teile der Weltbevölkerung erkaufte, ganz zu schweigen von seinen Auswirkungen auf das Klima, die Ökosysteme und die Ressourcenverfügbarkeit. Schon Karl Marx hat zudem dem Kapitalismus notwendig innewohnende zyklische Krisen beobachtet und zu Recht auch für die Zukunft prognostiziert. Diese Krisen treffen selbst einige der Reichen, andere profitieren davon. Nur die Armen, und zunehmend die Mittelschicht, trifft es auf jeden Fall – zum Teil auf lebensbedrohliche Weise. Aber auch jenseits dieser extremen Auswirkungen des Kapitalismus muss Ausbeutung – die Abschöpfung des durch die Lohnarbeit erwirtschafteten Mehrwerts durch die BesitzerInnen der Unternehmen – als konstitutives Merkmal des Kapitalismus kritisiert werden. Kapitalistische Unternehmen und ihre BesitzerInnen können allein existieren, wenn Menschen gezwungen sind, für sie zu arbeiten. Und sie können sich in der Konkurrenz nur behaupten und ihr Kapital vermehren, wenn sie versuchen, die Löhne der ArbeiterInnen auf das niedrigstmögliche Niveau zu drücken und die Arbeitszeiten zu verlängern sowie immer intensiver aus-

zunutzen; andernfalls droht ihnen die Pleite. Setzen die ArbeiterInnen dagegen auf kollektive Tarifverträge und Gesetze zur Erhöhung der Löhne und Senkung der Arbeitszeit, so wird ihnen die Konkurrenz mit anderen Staaten entgegengehalten, in der die nationalen Unternehmen (und die Profite ihrer EigentümerInnen) nur bestehen könnten, wenn die ArbeiterInnen den Gürtel enger schnallen. Die Ausbeutung ist demnach ein Kernelement des Kapitalismus, weshalb ArbeiterInnen nur durch die Überwindung des Kapitalismus insgesamt befreit werden können.

Das gilt – verschärft – in globaler Hinsicht: Der europäische Militarismus und Kolonialismus wurzelte in der handelsorientierten Politik der europäischen Regimes zur Zeit des aufsteigenden Kapitalismus. Die weltweiten militärischen und kulturellen Invasionen des Westens standen im Zusammenhang mit dem Gewinnstreben von Herrschern, Handelshäusern und einer Horde Abenteurer, die sich trotz ihres barbarischen Verhaltens mehr und mehr für die Repräsentanten der Zivilisation hielten. Der noch junge Kapitalismus drang mit Krieg, Mord, Plünderung, Verschleppung und Versklavung, Unterwerfung und Bestechung – und mit der Bibel in der Hand – in alle Ecken der Welt vor. Die Konkurrenz zwischen den europäischen Mächten verlagerte sich zunehmend ins Ökonomische und gipfelte dann in der Materialschlacht des I. Weltkriegs. Der Weltwirtschaftskrise der 1920er Jahre folgte die Fasisierung Europas, in einigen Ländern finanziert und angetrieben durch die von Staatsaufträgen abhängige Schwerindustrie. Nach dem II. Weltkrieg spaltete sich die Welt in einen kapitalistischen und einen autoritär-sozialistischen bzw. staatskapitalistischen Block. Der Kalte Krieg brachte eine neue Welle der Gewalt über die „Dritte Welt“, die sich zu jener Zeit von den Fesseln des Kolonialismus befreite. Für die mehr oder weniger kapitalistischen Interessen beider Blöcke wurde im Süden viel gehungert, gekämpft und gestorben. Welchen Zeitraum wir auch anschauen, Kapitalismus stand immer in Verbindung mit Gewaltherrschaft, insbesondere in ressourcenreichen Ländern. Und der Kampf um Ressourcen wird definitiv weiter zunehmen – wenn wir die Spielregeln nicht ändern.

Aber was bedeutet „wir“? Der Kapitalismus hat auch destruktive Wirkungen auf die zwischenmenschlichen Beziehungen. Helfen sich Freunde zu Jugendzeiten noch beim Umzug in eine neue Wohnung, müssen Sie ein paar Jahre später UmzugshelferInnen bezahlen, weil sie aufgrund von Beruf, damit verbundener Mobilität, Kleinfamilie und kapitalistischer Konkurrenz Freundschaften oft nur mehr pflegen, sofern diese in den Beruf eingebunden sind oder der Karriere nützen. Wo sich indische BäuerInnen Jahrhunderte gegenseitig bei der Ernte halfen, gibt es nun einen kommerziellen Arbeitsmarkt – und hohe Land- und Arbeitslosigkeit. Ein wichtiger, wenn auch oft nur scheinbarer Rückzugsraum für die ausgebeuteten und gestressten Menschen ist (neben bspw. Sportverein oder Religion) die Familie. Und um dieses Gefühl aufrecht zu erhalten, ist eine gewaltige Ideologiemaschine täglich am rotieren. Die Familie soll die harte Konkurrenz auf den Märkten abfedern, emotional und volkswirtschaftlich. Die Kosten dafür tragen weiterhin die Frauen, die den Löwenanteil der emotionalen Unterstützung, der

Haus- und der Pflegearbeit leisten. Zudem werden nicht-heterosexuelle Lebensformen unter anderem aufgrund der besonderen Rolle der Familie im Kapitalismus trotz kleiner Reformen, die sie ins System integrieren sollen (z.B. per Lebenspartnerschaftsgesetz), weiter diskriminiert. Kollektive und solidarische Alternativen für zwischenmenschliche Beziehungen werden oft als abwegig oder gar nicht wahrgenommen.

Warum wir den Kapitalismus nicht einfach abschaffen können

Um Strategien zur Entwicklung und zum Ausbau emanzipatorischer Alternativen zum Kapitalismus diskutieren zu können, halten wir es für notwendig, uns zunächst von autoritären Ideen zur Abschaffung des Kapitalismus abzugrenzen. Zugleich plädieren wir für einen gewissen Pragmatismus, auf den unserer Ansicht nach auch radikale Strategien nicht verzichten können. Das bedeutet umgekehrt gewiss nicht, dass wir aus Bequemlichkeit unseren Frieden mit den Zuständen machen und nun versuchen, dies theoretisch zu legitimieren. Wir suchen vielmehr nach pragmatischen Möglichkeiten den Kapitalismus zu überwinden. Der Pragmatismus holt erfahrungsgemäß auch die konsequentesten DogmatikerInnen ein, wenn die Zeit drängt und Entscheidungen gefällt werden müssen. Die Frage ist eher, welche pragmatischen Lösungen sich in einer solchen Situation durchsetzen, was wiederum zu einem gewissen Grad davon abhängt, welche bereits zuvor entwickelt wurden. Eine Revolution ohne zureichende sozioökonomische Voraussetzungen und Strategien kann sonst etwa in eine Re-Etablierung des kapitalistischen Systems (z.B. Portugal 1974) oder die Errichtung einer autoritären Kommandowirtschaft (z.B. Russland 1917) münden. Es spricht also einiges dafür, auch eine radikale emanzipatorische Strategie von vornherein auf pragmatische Füße zu stellen, und umgekehrt einen emanzipatorischen Pragmatismus zu entwickeln. Wir wollen uns dazu zunächst ein paar wesentliche Elemente ansehen, die für den Kapitalismus konstitutiv sind. Immer wieder werden fälschlicherweise einzelne davon herausgenommen und zu dem Übel schlechthin erklärt, wie z.B. die Effizienz, der Markt, das Geld, das Kapital oder die Zinsen.

1.) Effizienz: Eine emanzipatorische Perspektive kritisiert Effizienz-Entscheidungen, welche gegen die Bedürfnisse z.B. der Lohnabhängigen oder AnwohnerInnen von Industrieanlagen getroffen werden und die ausbeuterische Disziplinierung ihrer Arbeitsprozesse implizieren. Einige überspitzen diese Kritik aber zu einer Ablehnung von modernen Rationalisierungsprozessen überhaupt. Dagegen soll daran erinnert werden, dass eine effiziente Produktion und Verteilung eine wichtige Grundlage von umfassender Bedürfnisbefriedigung sind – und eine Voraussetzung für mehr Freizeit. Es kann nicht das Ziel sein 15 Stunden am Tag ‚selbstbestimmt‘ um das Überleben zu kämpfen. Die Frage ist also nicht, ob wir effizient wirtschaften oder nicht, sondern in welchem Verhältnis Effizienz und soziale sowie ökologische Ziele des Wirtschaftens zueinander stehen – und wer über dieses Verhältnis entscheidet.

2.) Markt: Kritik an Märkten ist ein Kernpunkt von Kapitalismuskritik. Um den Kapitalismus zu überwinden, muss die Funktion der Märkte zumindest verändert und ihre Dominanz beschränkt werden. Das ist besonders heute angesichts der wirkungsvollen neoliberalen Ideologie wichtig, die versucht, die Rolle der Märkte zu verstärken und das Privateigentum einiger Weniger weiter zu vermehren. Immer mehr Bereiche des Lebens werden von Marktprinzip und damit der Konkurrenz erfasst. Mit Marktzwängen wird begründet, warum wir heute scheinbar machtlos im Kampf gegen den Hunger, gegen die wachsende Schere zwischen Arm und Reich, gegen Klimawandel und Umweltverschmutzung sowie die rücksichtslose Ausbeutung der Ressourcen sind. Die Konkurrenz erlaubt keinen Stillstand – das Gesetz des Marktes sagt: Wachse oder Weiche! Wirtschaftswachstum ist nicht von ungefähr ein kategorischer Imperativ der parlamentarischen und internationalen Politik – obwohl schon seit den 70-er Jahren eindringlich und auf wissenschaftlicher Grundlage vor den ‚Grenzen des Wachstums‘ gewarnt wird. Viele marktgesteuerte Prozesse auf höchsten Ebenen haben ein Tempo und eine Eigendynamik entwickelt, die keine Gruppe von Menschen mehr steuern kann. Diesem Prozess müssen wir früher oder später entgegenwirken. Die Frage ist nur: Vor oder nach der Katastrophe, die er mit hoher Wahrscheinlichkeit verursachen wird?

Auf der anderen Seite ist nicht geklärt, durch welche Instanzen die Funktionen des Marktes ersetzt werden sollen. So ist etwa nicht gesagt, ob unter neuen Eigentumsverhältnissen, in denen nicht mehr für den Markt, sondern für die Bedürfnisse der Menschen gewirtschaftet wird, nicht zumindest vorübergehend trotzdem Märkte eine gewisse Regulierungsfunktion übernehmen könnten, die ein Gegengewicht zu einer kaum umsetzbaren Planung aller ökonomischen Details bildet. Um Märkte komplett kontrollieren oder ausschalten zu können, bräuchte es außerdem starke Gewaltmittel. Diese sind aber häufig Teil jener Herrschaftsstrukturen, die wir loswerden wollen. Weitere Experimente mit autoritärer Planwirtschaft verbieten sich – nicht allein aus herrschaftskritischen Gesichtspunkten, sondern auch aus Gründen der Effizienz: Welches Interesse haben Menschen gut zu arbeiten, wenn sie den Entscheidungen einer Zentralgewalt unterworfen sind, auf die sie keinen Einfluss haben? Deshalb ist weniger auf einen gewaltsamen Kampf gegen Märkte zu setzen als darauf, neue Formen des Eigentums politisch zu erkämpfen und (auch juristisch) zu ermöglichen: Verschiedene Formen öffentlichen Eigentums (z.B. genossenschaftlich, kommunal, gesamtgesellschaftlich) – heute häufig auch als „commons“ bezeichnet – auf regionaler, überregionaler und globaler Ebene, auf dessen Verwendung mehr Menschen mehr politischen Einfluss haben. Zu überwinden ist dagegen die Konzentration von Eigentum und besonders zentraler Schlüsselindustrien und -technologien in der Hand weniger PrivateigentümerInnen. Solche Veränderungen werden wahrscheinlich wegen zu erwartender Gegenwehr der Besitzenden und der Staatsgewalt nicht konsensuell und friedlich verlaufen. Umso wichtiger ist es, bereits heute einer Verselbständigung von Geheimdiensten, Polizei, Armee und ähnlichen Gewaltapparaten durch deren konsequente demokratische Kontrolle sowie innere Demokratisierung zu begegnen.

3.) Geld als Kernproblem der modernen Gesellschaften zu sehen führte in der Vergangenheit zu verschiedenen Formen alternativen Wirtschaftens. Die Grundidee von lokalen Währungen und Tauschringen ist oft, dass bestimmte Eigenschaften der allgemeinen staatlichen Währungen als das zentrale Problem angesehen werden. Umsonst-Initiativen gehen hingegen davon aus, dass letztendlich jede Form von Währung früher oder später in ein marktgesteuertes System führt. Umsonst-Initiativen verwerten vor allem Dinge, die von der Industrie und den durchschnittlichen KonsumentInnen als Abfall betrachtet werden. Es ist zweifelsfrei wichtig, dem selbstzerstörerischen Konsumwahn eine solidarische Nachhaltigkeit entgegen zu setzen, aber eine Perspektive für produzierende Betriebe bietet das Konzept nur sehr begrenzt.

Aus unserer Sicht gibt es nicht nur eine Reihe von Argumenten gegen solche rein lokal orientierten und häufig auf sehr mäßigem Niveau funktionierenden Initiativen, sondern auch für die Verwendung von Geld als Verrechnungsmittel: Insbesondere digitales Geld ermöglicht eine effiziente Verteilung von Produktionsfaktoren und Produkten, schlicht weil diese zwangsläufig über Zahlen vermittelt wird. Das bedeutet auf keinen Fall, dass Geld weiter privat angehäuft werden soll. Es muss aber in einer operationalisierbaren Weise geklärt werden, wie in einer postkapitalistischen Gesellschaft jenseits persönlicher Willkür etwa Produktionskosten berechnet oder die Verteilungen produzierter Güter organisiert werden können, denn auch ohne Geld im kapitalistischen Sinn sind Ressourcen nicht unbegrenzt verfügbar und selbst ohne Löhne, die kapitalistische UnternehmerInnen zahlen, muss bestimmt werden, wer was auf welche Weise konsumieren kann. Es ist ratsam Geld nicht so voreilig zu verwünschen bzw. davon auszugehen, dass ein gutes Leben in absehbarer Zeit ohne geeignetes Zahlungsmittel organisierbar wäre. Mit keiner oder mit einer nur ineffizienten Währung lassen sich vorerst ganz offensichtlich keine großen wirtschaftlichen Prozesse gestalten.

4.) Kapital ist fatal, weil es sich zwangsläufig vermehren muss, um nicht unterzugehen. Nur, ist alles Geld, das reinvestiert wird, Kapital? Was ist mit dem Eigentum von ArbeiterInnen, denen ihre Fabrik gehört – und ebenso die Bank, auf der das Geld liegt? Was, wenn Investitionen über Vollversammlungen direkt demokratisch gesteuert würden und zudem primär anderen Zwecken dienen als der Kapitalvermehrung – z.B. dem Ausbau von lokaler Infrastruktur? Kapital wird dann, nach einer These von Marx, ersetzt durch einen gesellschaftlichen „Akkumulations- und Reservefond“. Wenn wir über die Transformation des Kapitals in einen solchen Reservefonds sprechen, so ist von entscheidender Bedeutung, welche sozialen Ziele Investitionen jeweils anstreben und wem die Entscheidungsgewalt über sie zukommt. Eine Enteignung der kapitalistischen EigentümerInnen zugunsten eines Zentralstaats, der (wie in autoritär-sozialistischen Systemen) unter Beibehaltung von Disziplinierung, Markt und Geld neuer ökonomischer Monopolist wird, reicht nicht aus. Der wirtschaftliche Sektor, den diese Fragen betreffen, ist bereits heute, unter kapitalistischen Bedingungen, recht groß: Beispiele dafür sind Genossenschaften und andere formelle und informelle

Wirtschaftsvereinigungen, die auf Selbsthilfe, Gegenseitigkeit und sozialer Verantwortung beruhen. Ökonomische Theorien und Modelle (in den Wirtschaftswissenschaften), die den speziellen Finanzierungsbedingungen des Nonprofit-Bereichs gerecht werden, gibt es unseres Wissens nach noch viel zu wenig.

5.) Mit dem Kapital verbunden sind die Zinsen. Rechte Politbewegungen, Esoteriker/innen, das Christentum und der Islam – sie alle sind gegen den Zins. Es scheint für viele eine verlockende Idee, dass mit der Abschaffung des Zinses die Ungerechtigkeit auf Erden besiegt ist. Und auf den ersten Blick erscheint die Idee sogar etwas logisch: Wer Geld hat, kann es verleihen und bekommt aufgrund des Zinses noch mehr Geld zurück - und wird so immer reicher und mächtiger, während die KreditnehmerInnen schufteten. Doch der Schein, dass durch Zinsen aus Geld mehr Geld gemacht werden kann, ist trügerisch. Das Geld, das ich einer Bank leihe und das sie mir inklusive Zinsen einmal wieder zurückzugeben verspricht, wurde von ihr möglichst profitabel angelegt, also verwertet. Im Zins versteckt sich der Mehrwert und damit die Ausbeutung von Arbeitskraft durch Kapital. Den Zins einfach per Dekret abzuschaffen, würde nichts ändern, solange Geld, Markt, Kapital, Privateigentum an Produktionsmitteln und damit Klassen fortbestehen. Das sieht man gut an den sogenannten „islamischen Banken“: Hier wird der Zins einfach anders genannt, zu einer Gebühr für die Dienstleistungen der Bank oder zu einer Gewinnbeteiligung der Geldverleiher erklärt, aber ansonsten wird genauso gewirtschaftet wie sonst auch.

Und tatsächlich verursacht das Verleihen von Geld auch Kosten. Die enorm hohen Zinsen der informellen Verleiher im europäischen Mittelalters (20-30%) werden heute sogar von ebenso informellen Verleihern in Armutsregionen übertroffen (bis zu 50%). Sicherlich geht es diesen VerleiherInnen in der Regel besser als ihren KundInnen, aber die wesentlichen Gründe für diese hohen Zinsen liegen in dem hohen Aufwand je Leihvertrag, relativ zur Leihsumme bzw. an der hohen Ausfallrate, also dem Risiko der Verleihenden. Die wenigen erfolgreichen VerleiherInnen werden reich, indem sie den Bedarf an Krediten decken – und sie werden oft zu Sündenböcken. Dabei sind alle verantwortlich, wenn es um das Bedienen eines gesellschaftlich und individuell bedeutenden Bedarfs geht (Kredit). Das Gesagte gilt für riskante Randbereiche des Kreditgeschäfts, doch tatsächlich basiert der gesamte heutige Geldkreislauf auf dem Kreditwesen. Die wirtschaftlichen Abläufe wären viel zu langsam, wenn alle Marktakteure ihre Operationen wirklich sämtlich mit eigenem Geld abwickeln würden. Daher bekommen die Banken eine zentrale Rolle, indem sie die kurzfristig benötigten Geldmengen relativ unkompliziert bereitstellen. Deswegen auch wird die gesamte Produktion so empfindlich getroffen, wenn die Banken zusammenbrechen, wie in der Finanzkrise 2008 und 2009 geschehen. Und was haben die staatlichen Notenbanken in Europa und den USA getan, um der Krise zu begegnen, und tun es bis heute? Sie haben die Zinsen für die Geldaufnahme der anderen Banken so sehr gesenkt, dass schon von einer Beinahe-Abschaffung des Zinses gesprochen werden kann – doch die Plagen des Kapitalismus sind

dadurch nicht gemindert worden. Generell ist nicht einzusehen, wieso unter kapitalistischen Bedingungen keine Gegenleistung für das Verleihen von Geld verlangt werden sollte. Ein Kreditgeber riskiert prinzipiell immer, das geliehene Geld nicht zurückzuerhalten, und auch abgesehen davon – was sollte jemanden in einer kapitalistischen Wirtschaft motivieren, Geld zu verleihen, wenn nicht die Aussicht auf eigenen Gewinn? Wie Markt, Geld und Kapital kann aber auch das Geldgeschäft demokratisiert und sozialisiert werden. Der ‚neueste Trend‘ in der Entwicklungszusammenarbeit sind die Selbsthilfe-, Spar-, und Kreditgruppen. Diese Gruppen, die zum Teil auf uralte Traditionen zurückgehen, erheben allerdings ebenso Zinsen gegenüber ihren eigenen Mitgliedern. Das soll an dieser Stelle ausreichen, um festzustellen: Der Zins ist nicht schuld. Ihn allein abzuschaffen bringt uns nicht weiter – das gilt hier mindestens in gleichem Maß wie bei Effizienz, Markt, Geld und selbst Kapital.

Konturen einer antikapitalistischen Praxis mit herrschaftskritischem Anspruch

Aus den ersten beiden Abschnitten ergibt sich bereits ein Teil der Aufgaben und Möglichkeiten für eine antikapitalistische Praxis, die heute, in der kapitalistischen Gegenwart, beginnt. Wenn wir diese aus einer handlungsorientierten Perspektive betrachten, lassen sich grob zwei Handlungsweisen erkennen: Top-Down und Bottom-Up-orientierte Aktivitäten. Top-Down meint nichts anderes als bestehende hierarchische Institutionen und Strukturen zu nutzen. Für emanzipative Strategien ist hier zu bemerken, dass eine Einbindung in die etablierten Machtstrukturen immer mit Zielkonflikten zwischen der emanzipativen Wirkung und der Reproduktion dieser Strukturen verbunden ist. Außerdem gehen bei dem Marsch durch die Institutionen oft die eigentlichen Ziele verloren, vor allem wenn die Personen den Kontakt zu emanzipativen Netzwerken und Debatten verlieren – ein Phänomen, das etwa bei AkademikerInnen häufig zu beobachten ist. Sich deswegen aus den herrschenden Strukturen ganz raus zu halten bzw. erst gar keinen Zugang zu bekommen, und in der subkulturellen Versenkung zu verschwinden, halten wir allerdings auch für problematisch. Bottom-Up ist dagegen das Prinzip der Organisierung von unten, das für eine emanzipatorische Politik maßgeblich sein sollte. Obwohl sich in staatlichen Institutionen auf lokaler und manchmal nationaler Ebene auch Bottom-Up-Elemente finden, sind diese doch meist durch Nichtstaatlichkeit charakterisiert. Nicht nur strukturell sind Bottom-Up-Projekte eher geeignet, um Ausbeutung und Unterdrückung nachhaltig entgegen zu wirken. Sie zielen nicht so sehr auf kurzzeitigen Erfolg, sondern auf langfristige und tiefgreifende Veränderungen ab. Dennoch: Selbstbestimmung und Basisdemokratie haben in mancher Hinsicht auch enge Grenzen in dem, was Sie bewirken können. Ihre Organisationen sind zumeist klein und unbedeutend im Verhältnis z.B. zu den großen Unternehmen, staatlichen Behörden und internationalen Organisationen. Eine Bottom-Up-Strategie, die auch Top-Down-Elemente nutzt, bietet sich deshalb als möglichst wirkungsvoll an.

Kommen wir zur Sache: Was tun? Zu essentiellen Top-Down Aktivitäten zählen der Schutz der Unterschicht vor makro-ökonomischen Schocks – etwa durch einen sozialen Rettungsschirm (und nicht einen für Banken) in der aktuellen Kapitalismuskrise –, vor Umweltzerstörungen z.B. durch globale Abkommen, vor Monopolen und Oligopolen (Marktbeherrschung weniger Unternehmen) oder korrupten Eliten durch rechtliche Regelungen. Derlei Ziele sind nicht immer besonders radikal, aber wegen ihrer dramatischen Auswirkungen auf Massen von Menschen von enormer Bedeutung. Auch Arbeitszeitbegrenzungen oder Mindestlöhne gehören hierher, da sie ohne allgemeine gesetzliche Regelungen von einzelnen KapitalistInnen oder gar ganzen Branchen umgangen werden können. Eine gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit und die Durchsetzung zureichender Mindestlöhne ist dagegen, wie bereits eine These von Marx besagt, ein Schlag ins Gesicht der kapitalistischen Ausbeutung. Von zentraler Bedeutung wäre zudem, einen Rechtsrahmen zu entwickeln, der Betriebsübernahmen durch die Belegschaft unterstützt und absichert.

Es ist allerdings wichtig, dass wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und solche meist staatlichen Maßnahmen nicht überbewerten oder gar bereits zum letzten politischen Ziel verklären. Warum soll z.B. ein kürzlich privatisiertes Wasserwerk per se wieder vom Staat zurück gekauft werden? Damit die nächste Regierung es wieder verkaufen kann? Statt die Chancen eines solidarisch und nicht profitorientierten Wirtschaftssektors zu erkennen, träumt die parlamentarische Linke meist noch vom starken Staat, der das Kapital ein für alle Mal bändigt. Die ausbeuterischen Unternehmen im Zaum zu halten macht aber nur Sinn, wenn gleichzeitig der solidarische Sektor aufgebaut wird, damit der Staat nicht immer weiter aufgerüstet werden muss, sondern abgebaut werden kann, während dessen Funktionen fortschreitend von basisdemokratischen Strukturen übernommen werden.

Ein solcher Aufbau im Sinne von Bottom-Up-Aktivitäten bedarf mehrstufiger Interventionen: Im eigenen Leben und persönlichen Umfeld genauso wie z.B. in lokalen und globalen Zusammenhängen. Wer glaubt, Individuen könnten gar nichts verändern, ist entweder schlecht beraten oder will aus Bequemlichkeit lieber gar nicht wissen, wie wir selbst in den Lauf der Dinge eingreifen können. Sehr viele Menschen haben über das Internet die Möglichkeit, sich mittels ganz unterschiedlicher Informationsquellen ein Bild von Ihrer Lage zu machen – und konsumieren dennoch ausschließlich ein oder zwei vulgäre Medien, die ihnen eine fertige Meinung präsentieren. Arbeit und Konsum als selbstverständlichen Selbstzweck wahrzunehmen stellt ein Problem mit enormen politischen Konsequenzen für eine emanzipatorische Linke dar: Es wird keine Veränderung von unten kommen, wenn nicht kontinuierlich und massenhaft an der Ausbreitung einer herrschaftskritischen Perspektive und Lebensweise gearbeitet wird. Der gesamte Alltag gewinnt so an Bedeutung. Je weiter sich die Individuen auf eine herrschaftskritische Perspektive einlassen, je besser stehen die Chancen für einen solidarischen Wandel.

Wenn der Bottom-Up-Ansatz hier – auf individueller Ebene – schon enden würde, kämen wir aber gewiss nicht weit. Eine Gesellschaft ist viel mehr als ein Haufen von Individuen. Die von Konkurrenz bestimmten zwischenmenschlichen Beziehungen und die Rolle der Familie waren bereits Thema. Alternative Ansätze hierfür sind weitaus bedeutender, als so manche Linksliberale wahrhaben möchte. Nur so können wir verhindern, uns in die Enge der Kleinfamilie sperren zu lassen oder uns als Singles voneinander zu isolieren. Gegen konservativen Ansichten zufolge angeblich naturwüchsige Verbindungen wie die Familie setzen wir die Freiheit, uns selbst auszusuchen, mit wem wir leben möchten. Gegen den neoliberalen Egoismus, der Beziehungen („Vitamin B“) nur pflegt, sofern sie die eigene Karriere voranbringen, betonen wir die Verbindlichkeit von Beziehungen. Der entsolidarisierten Gesellschaft können wir im Alltag vertrauensvolle Beziehungen entgegenstellen – eine langfristige und zum Teil anstrengende Aufgabe, die sich manchmal nicht sofort „auszahlt“, aber von unschätzbarem Wert wird, wenn wir selbst am Rande des Abgrunds stehen. Im Bestfall können wir auf solidarische Netzwerke täglich zugreifen und tragen kontinuierlich etwas zu ihnen bei.

Der Schritt von informellen solidarischen Beziehungen und Netzwerken zu formalen Strukturen der Selbsthilfe und gegenseitiger Unterstützung ist manchmal nur sehr klein – je nach dem ob es sich „nur“ um ein paar Leute an einem bestimmten Ort und um einen bestimmten Zweck handelt, oder ob es um größere Dimensionen und vielseitige Ziele in dem Zusammenschluss geht.

Mit formalen Strukturen kommen neue Vor- und Nachteile ins Spiel. Einerseits kann mit großen Genossenschaften und Interessenverbänden ein echtes Gegengewicht zur profitorientierten Wirtschaft entstehen, andererseits sehen sich eben diese großen Organisationen Sachzwängen ausgesetzt, die sie nur schwer beeinflussen können – Sachzwänge, welche die solidarischen Ziele zum Teil in Frage stellen. Gewerkschaften und Genossenschaften werden gerade den unmittelbaren Aufgaben gegenüber ihren Mitgliedern gerecht, da bleibt in der Regel nicht viel Zeit und Geld übrig, um darüber hinaus aktiv zu werden und langfristige Strategien zu verfolgen. Die effektive solidarische Vernetzung von Gewerkschaften und Genossenschaften zum Beispiel – auch über Ländergrenzen hinweg – wird erst möglich, wenn die Basis dieser Organisationen dies einfordert und materiell unterstützt. Dies gilt nicht nur für Genossenschaften und Gewerkschaften, sondern auch alle anderen Basisinitiativen z.B. von AntifaschistInnen, EinwohnerInnen eines Stadtteils, Eltern oder MieterInnen.

Mittelfristige Transformationsperspektiven implizieren auf jeden Fall die verstärkte demokratische Organisation von KonsumentInnen und ProduzentInnen in Genossenschaften mit solidarischem Grundkonsens und demokratisch gewählten VertreterInnen mit imperativem Mandat. Das schließt auch kollektive und demokratische Formen der Organisation reproduktiver Arbeiten ein, welche bspw. Kinderbetreuung und Altenpflege weder ein-

zelen Familienangehörigen (meist Frauen) noch kapitalistischen Betrieben überlassen. Märkte können von solidarischen KonsumentInnen und ProduzentInnen teilweise umgangen oder in einer Form genutzt werden, in der sie einen Teil ihrer negativen Eigenschaften verlieren – wie zum Beispiel in einigen Agrargenossenschaften, die eine solidarische Unterstützung für die Mitglieder schaffen. Sind Betriebe und Banken zum überwiegenden Teil direkt in öffentlicher Hand, d.h. kommt den Menschen die demokratische Entscheidungsmacht über gesellschaftliche Investitionen zu, werden Ersparnisse eher zum Nutzen vieler Menschen investiert, anstatt ein ‚Eigenleben‘ als Kapital zu führen. Darüber hinaus muss für eine übergreifende Perspektive ein Finanzsektor geschaffen werden, der von passiven und dienstleistungsorientierten Staats- und Genossenschaftsbanken dominiert wird. Solche Formen der Demokratisierung und Umverteilung von Eigentum werden, wie wir argumentiert haben, Geld als Verrechnungsmittel von Produktionskosten und Löhnen, Märkte als Elemente der Koordination zwischen Konsum und Produktion und Formen gesellschaftlicher Akkumulation und Reserve gewiss nicht einfach schlagartig abschaffen. Sie werden aber deren Funktionen, wie wir sie heute kennen, nachhaltig verändern. Dies gilt auch für Gewaltapparate wie Polizei, Militär oder Geheimdienste, die bereits heute konsequent abgebaut, demokratisiert und kontrolliert werden müssen. Die Aufgabe ist dabei letztlich keine geringere als postkapitalistische Formen der Gewaltenteilung zu entwickeln.

Diese Debatte möchten wir gerne fortführen statt, wie bei manchen KapitalismuskritikerInnen üblich geworden, konkrete Aussagen über eine antikapitalistische Praxis zu vermeiden. Besser wäre es doch, alle uns zur Verfügung stehen Mittel zusammen zu nehmen, um an vielen Ecken gleichzeitig einen Schritt vorwärts zu kommen. Dringendes politisches Handeln zu ermöglichen erfordert einen zielorientierten Pragmatismus. Ein herrschaftskritischer Antikapitalismus und eine umfassende Demokratisierung von Wirtschaft und Staat ist aus unserer Sicht eine genauso alternativlose wie anspruchsvolle Herausforderung.

CriLL.me (Critical Left Laboratory) ist eine Einladung. Lesen und gelesen werden! Wir wollen ein Podium für experimentelle Herrschaftskritik sein. Unser besonderes Interesse gilt dem Zusammenhang und der Verflechtung unterschiedlicher Herrschaftsverhältnisse und der Öffnung einer emanzipatorischen Perspektive.



criLL.me
critical left laboratory